



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT  
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ



European Economic and Social Committee

## EUROPÄISCHER VERBRAUCHERTAG "Verbraucherbildung"

\*

Wien, 15. März 2006

### AUSFÜHRUNGEN

von

**Frau Ursula HAUBNER**

**Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz,  
Österreich**

---

Wien, 15. März 2006

---

**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT**

Begrüßung und Einleitung:

Ich begrüße Sie sehr herzlich beim heutigen 8. europäischen Verbrauchertag in Wien.

Veranstaltung des EU-Ratsvorsitzes und des EWSA, auf dessen Initiative dieser Konsumententag 1999 ins Leben gerufen wurde. Er wurde mit dem Ziel gegründet, die Bürger/innen über europäische Konsumentenschutzpolitik und über laufenden Aktivitäten zu informieren. Jahr für Jahr werden unterschiedliche relevante Themen behandelt – dieses Jahr Verbraucherbildung

Ich freue mich, dass ich heute hier die

- Präsidentin Frau Dr. Sigmund begrüßen darf,
- und den österreichischen Herrn Staatssekretär Dolinschek vom BMSG, der für Konsumentenangelegenheiten zuständig ist
- die Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments

und natürlich alle Expertinnen und Experten, die an dieser Tagung teilnehmen.

Vielen Dank, dass Sie alle sich einbringen und dieses wichtige Thema mittragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Verbraucherschutz spielt im Rahmen unseres Ratsvorsitzes eine ganz wichtige Rolle. Wir haben insgesamt drei große und wichtige Veranstaltungen dazu in Österreich ausgerichtet, und zwar eine Konferenz zum Thema „Effektiver Rechtsschutz“, einen Workshop über die außergerichtliche Streitbeilegung und den heutigen Konsumententag zur Verbraucherbildung.

Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, lassen Sie mich kurz aus Sicht des Ratsvorsitzes auf die wesentlichsten laufenden und geplanten Arbeiten im Bereich Konsumentenschutz hinweisen:

Österreich führt während seines Vorsitzes die Arbeiten zu zwei wichtigen Dossiers im Bereich Konsumentenschutz intensiv fort – zum

- Richtlinienvorschlag Verbraucherkredit und zum
- Vorschlag für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz (2007-2013)

Beim grenzüberschreitenden Anbieten von Verbraucherkrediten sollen auch die Verbraucherschutzstandards angehoben werden.

Insbesondere geht es um den Anwendungsbereich, wobei die Sicherungsgeschäfte schon ausgenommen sind, das ist grundsätzlich gut und wichtig.

Insgesamt wollen wir die Verhandlungen voranbringen und auf ein konstruktives und sachgerechtes Ergebnis im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher hinwirken, das letztendlich auch dem Binnenmarkt dienen soll.

Beim Vorschlag für ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz (2007-2013) haben bereits viele Mitgliedsstaaten Bedenken geäußert

Auch die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlamentes befürwortet getrennte Programme, welche die Eigenständigkeit der Verbraucherpolitik und die Transparenz hervorheben.

Einen wichtigen Anteil an konsumentenpolitischen Maßnahmen bilden auch Aktionen zur Verbraucherbildung. Damit sind wir auch beim heutigen Thema.

Bildung rückt insgesamt in der EU im Rahmen der Lissabon Strategie immer mehr in den Vordergrund.

Im Februar dieses Jahres hat der Rat für Bildung, Jugend und Kultur im Hinblick auf das von 2007 bis 2013 laufende Programm „Lebenslanges Lernen“ acht Schlüsselkompetenzen bestätigt, die jede Person in einer Wissensgesellschaft benötigt: Interkulturelle, soziale und staatsbürgerliche Kompetenzen werden da genannt –aus meinem Verständnis heraus gehört hier auch die Verbraucher/innenbildung dazu.

Bildung (schulische und außerschulische) fängt früh an und dauert das ganze Leben – eben lebenslang im besten Sinne. Deshalb setzt auch die Verbraucher/innenbildung früh an. Zum 3. Mal wird heuer bereits der Europäische Schüler/innenkalender herausgegeben. Junge Europäer und Europäerinnen erhalten damit ein Basiswissen über Verbraucherrechte im eigenen Land, aber auch einen guten Überblick über die europäischen Institutionen und Entscheidungsabläufe.

Durch Verbraucherbildung muss den Konsumenten jenes Wissen und jene Fertigkeiten in die Hand gegeben werden, durch die sie ihre Rechte selbst besser schützen können.

Ein besonderes Augenmerk wird diesmal auf die Rolle von Netzwerken und auf NGO's als Akteure und von Erwachsenen und Jugendlichen als Empfänger von Verbraucherbildung gelegt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Tatsache, dass auch das von der Europäischen Kommission initiierte Netzwerk der Verbraucherschutzdirektoren in den Mitgliedstaaten – das sogenannte Consumer Policy Network – eine eigenen Arbeitsgruppe zum Thema Verbraucherbildung eingerichtet hat, zeigt mir, dass ich mit meiner Initiative im Jahr 2003 eine österreichische Arbeitsgruppe zum gleichen Thema zu gründen, richtig gelegen bin. Über die Ereignisse dieser Arbeitsgruppe wird in der Folge noch berichtet.

Wenn ich mir die Ereignisse diverser Studien zum Wissen der europäischen Bevölkerung über ihre Verbraucherrechte, über das Funktionieren von Kapitalmärkten und damit über das so wichtige Prinzip der Pensionsvorsorge, über die Folgen der wirtschaftspolitischen Vernetzung vor Augen halte, werden Sie mir sicher recht geben, wenn ich sage: es gibt noch viel zu tun.

Es ist für die Menschen individuell sehr wichtig, über ihre Rechte Bescheid zu wissen. Sie haben es selbst in der Hand, den Markt zu beeinflussen und zu lenken.

Die Erfahrungen zeigen: es ist schwierig. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass dem Budget der Verbraucherbildung auf der einen Seite, das ungeheure Marketing- und Werbebudget der Unternehmen auf der anderen Seite gegenüber steht. Der Ansatz der Verbraucherbildung darf daher um nichts weniger kreativ, um nichts weniger provokant sein und er muss in dem Bewusstsein erfolgen, damit den Verbraucher/innen neue Spielräume zu eröffnen, ihnen klar zu machen, dass es zu einem großen Teil auch ihre Entscheidungen sind, die den Markt beeinflussen.

Mit der heutigen Tagung machen wir einen Schritt dorthin, einen Schritt in die richtige Richtung.

Vor allem auch im Dialog zwischen Interessensvertretern europäischer, nationaler und regionaler Institutionen. Wir können voneinander lernen, uns austauschen und gemeinsame Wege suchen.

Danke!

---